

Was erwartet uns in Mülheim, wenn die Schulgebäude wie geplant privatisiert werden?



**Einladung zur Veranstaltung zu
Public Private Partnership (PPP) im Schulwesen:
„... in krassem Widerspruch zum Gemeinwohl ...“
am Mittwoch, dem 25. April 2007,
um 19 Uhr
in der Aula des Karl-Ziegler-Gymnasiums**

**Referat und Diskussion mit Matthias Holland-Letz,
Autor der Privatisierungsreports für den Hauptvorstand der Gewerkschaft
GEW - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft –
über Privatisierungstendenzen im Bildungswesen**

v.i.S.d.P.: Bürgerbegehren „Mülheim bleibt unser!“, R. Schnell, U. Tschirner, L. Reinhard



Ganz- oder Teilprivatisierung von städtischen Pflichtaufgaben ist ein Irrweg!

Ruhrbania und dessen städtische Vorleistungen (Rathausumzug und -abriss, Bürgeramt, Medienhaus usw. bis hin zur Ruhrpromenade selbst) soll den bankrotten Haushalt der Stadt Mülheim über Jahre belasten. Deshalb sollen demnächst viele andere Pflichtaufgaben zumindest teilweise privatisiert werden, als nächstes bei Schulen. Mit dem Zauberwort PPP bzw. eingedeutscht ÖPP sollen Baufirmen wie Hochtief nicht mehr nur bauen, sondern langfristig auch die Gebäude selbst betreiben.

Frau Mühlenfeld behauptete in ihrer Stellungnahme zum Bürgerentscheid 2005, durch Beteiligung privater Unternehmen bei Schulsanierung könnten städtische Gelder um bis zu 25% wirksamer eingesetzt werden. **Kurzfristig mag das auch so aussehen, doch bereits mittelfristig ist die städtische Handlungsfreiheit noch mehr eingeschränkt und längerfristig zahlt die Stadt immer mehr, als sie selbst hätte aufbringen müssen**, was bei Offenlegung der wahren Gesamtkosten incl. der erforderlichen Kreditkosten für die Miete wegen der Verschuldung der Stadt sehr deutlich würde. **PPP-Partner sind keine Wohltäter und sie müssen logischerweise Profit machen, um ihre Aktionäre zu bedienen.**

Wie heißt es in der Broschüre von Hochtief: **„Modell Zukunft: Public Private Partnership: Knapper Haushalt? Dringende Bauvorhaben? Entspannen Sie sich. Schalten Sie uns ein!“**

Wer solcher Werbung vertraut, handelt eigentlich fahrlässig, denn die negativen Erfahrungen und Beispiele sind inzwischen breit gestreut. Gelsenkirchen z.B. musste für viele Millionen das Hans-Sachs-Haus zurückkaufen, passiert war nichts! Velbert kauft jetzt sein gemietetes Rathaus vorzeitig und überteuert zurück, weil das immer noch um vieles billiger ist, wie die Kämmerin in der WAZ vorrechnete. Hamburg muss viele Millionen nachschießen für den Verkauf der Krankenhäuser, in Bremen droht das gleiche. Auch das angebliche Vorzeigebispiel Monheim, wo eine Baufirma Schulen sanierte und für 25 Jahre betreibt, entpuppt sich beim genaueren Hinsehen als Schuldenfalle, denn die Stadt zahlt für 21 Mio. 75 zurück, satte 15% Rendite pro Jahr für die Firma alleine aus der Miete, vom Betreiben der Parkplätze, Kantinen, Hausmeisterei etc. ganz zu schweigen. Hunderte ähnlicher Beispiele kommen nach und nach an die Öffentlichkeit. Bergkamen dagegen hat die Müllabfuhr wieder rekommunalisiert und siehe da: die Gebühren konnten gesenkt werden. **Viele PPP-Beispiele erweisen sich bereits nach kurzer Zeit als folgenschwere Irrwege mit immer den gleichen Symptomen: Transparenz geht verloren und demokratische Kontrolle wird ausgehebelt! Langfristige Verschuldung wird zementiert! Konflikte und überteuerter Rückkauf sind häufig vorprogrammiert. Zudem besteht das Risiko, dass Private sich bei den städtischen Garantiezahlungen über Jahrzehnte die Rosinen herauspicken, während die restlichen Schulen o.ä. erst recht verfallen, siehe England.**

Teil- oder Ganzprivatisierung kommunaler Pflichtaufgaben sind für den privaten „Partner“ ein Bombengeschäft, weil ohne Marktrisiko und mit langfristig gesicherten Einnahmen. Die Kommune bleibt auf reinen Zuschussaufgaben sitzen und hat ansonsten nur noch wenig Einfluss. **Dass Private eben nicht grundsätzlich besser wirtschaften, machte nicht nur das Beispiel MEG mit Verlusten in zweistelliger Millionenhöhe mehr als deutlich.**

„Die Kassenkredite sind in den ersten drei Quartalen im Vergleich zum Vorjahr erneut um 3,85 auf 27,6 Milliarden Euro angestiegen. Viele Städte müssen also weiterhin in hohem Umfang laufende Ausgaben auf Pump finanzieren. Die Kassenkredite der Kommunen liegen zurzeit viereinhalb Mal so hoch wie im Jahr 2000.“ (Stephan Articus vom Deutschen Städtetag, Pressemitteilung 19.12.2006)
In Mülheim wachsen die Kassenkredite sogar explosionsartig: 2004 148 Mio., 2005 235 Mio., 2006 330 Mio., in 2007 voraussichtlich 390 Mio. und für 2010 sind schwindelerregende 535 Mio Euro bereits jetzt eingeplant.

Und in Mülheim gibt es zusätzlich den besonders pikanten Fall, dass die Stadt sich mit dem Etat 2007 per neuer Buchführung für ein oder 2 Jahre selbst aus der vorläufigen Haushaltsführung, dem sog. Nothaushalt, herausgerechnet hat. Zwar sind Schuldenstand und Kassenkredite weiter gestiegen, doch die irrealen Eröffnungsbilanz fantasiert von rechnerischen Rücklagen, obwohl diese nicht mobilisierbar sind. Wenn Düsseldorf nichts dazu sagt, kann Mülheim nun auch noch unkontrolliert weiter Schulden machen.